

Die Ukraine-Krise und die Energiesicherheit Europas: Kann Iran russische Gaslieferungen ergänzen?

Abdolvand, Behrooz; Pepe, Jacopo Maria

Veröffentlichungsversion / Published Version

Arbeitspapier / working paper

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Abdolvand, B., & Pepe, J. M. (2014). *Die Ukraine-Krise und die Energiesicherheit Europas: Kann Iran russische Gaslieferungen ergänzen?* (DGAP-Analyse, 14). Berlin: Forschungsinstitut der Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik e.V.. <https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-55579-4>

Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer Deposit-Lizenz (Keine Weiterverbreitung - keine Bearbeitung) zur Verfügung gestellt. Gewährt wird ein nicht exklusives, nicht übertragbares, persönliches und beschränktes Recht auf Nutzung dieses Dokuments. Dieses Dokument ist ausschließlich für den persönlichen, nicht-kommerziellen Gebrauch bestimmt. Auf sämtlichen Kopien dieses Dokuments müssen alle Urheberrechtshinweise und sonstigen Hinweise auf gesetzlichen Schutz beibehalten werden. Sie dürfen dieses Dokument nicht in irgendeiner Weise abändern, noch dürfen Sie dieses Dokument für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, aufführen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Mit der Verwendung dieses Dokuments erkennen Sie die Nutzungsbedingungen an.

Terms of use:

This document is made available under Deposit Licence (No Redistribution - no modifications). We grant a non-exclusive, non-transferable, individual and limited right to using this document. This document is solely intended for your personal, non-commercial use. All of the copies of this documents must retain all copyright information and other information regarding legal protection. You are not allowed to alter this document in any way, to copy it for public or commercial purposes, to exhibit the document in public, to perform, distribute or otherwise use the document in public.

By using this particular document, you accept the above-stated conditions of use.

DGAPanalyse

Prof. Dr. Eberhard Sandschneider (Hrsg.)

Otto Wolff-Direktor des Forschungsinstituts der DGAP e.V.

August 2014 N° 14

Die Ukraine-Krise und die Energiesicherheit Europas

Kann Iran russische Gaslieferungen ergänzen?

von Behrooz Abdolvand und Jacopo Maria Pepe

Zusammenfassung

Die Ukraine-Krise und die Energiesicherheit Europas

Kann Iran russische Gaslieferungen ergänzen?

von Behrooz Abdolvand und Jacopo Maria Pepe

Durch die Verschärfung der Ukraine-Krise scheint die Gasversorgungssicherheit Europas wieder einmal gefährdet. Auch wenn Europa und Deutschland kurz- bis mittelfristig keine glaubhafte Alternative zu Gaslieferungen aus Russland finden können, sollten energiepolitische, geopolitische und geökonomische Überlegungen die EU und Deutschland dazu bewegen, weitere Optionen jenseits des Traditionspartners Russland ernsthaft abzuwägen. Eine solche wäre Iran. In ihren Beziehungen zu beiden Ländern müssten die EU und Deutschland – auch im Sinne der jüngsten Signale aus Washington – eine Balance zwischen den eigenen Wertvorstellungen und Interessen einerseits und grundsätzlicher Kooperationsbereitschaft andererseits finden. Während die Basis einer Kooperation mit Russland durch eine härtere Konfrontation und neue Sanktionen gefährdet aber noch vorhanden ist, könnte Iran erst zu einer glaubhaften politischen Alternative werden, wenn das Sanktionsregime endgültig ausgesetzt und die politischen Beziehungen, insbesondere zwischen den USA und Iran, auf Dauer normalisiert wären. Die überraschende de facto Lockerung der bisherigen Sanktionen seitens der USA, die Verlängerung der Atomverhandlungen sowie die signalisierte Bereitschaft Irans, das Zusatzprotokoll unter bestimmten Bedingungen zu unterschreiben – all dies sind Zeichen dafür, dass sich ein – wenngleich fragiles – Zeitfenster geöffnet hat.

Inhalt

Flüssigerdgas – Segen oder Fluch?	6
Nabucco oder der gescheiterte Versuch, iranisches Gas nach Europa zu importieren ..	8
Iranisches Gas: Option für Europa oder Fata Morgana?	9
Ausblick	11
Anmerkungen.....	14

Die Ukraine-Krise und die Energiesicherheit Europas

Kann Iran russische Gaslieferungen ergänzen?

von Behrooz Abdolvand und Jacopo Maria Pepe

Die anhaltende Krise in der Ukraine sowie die aktuellen Spannungen zwischen Russland einerseits und den USA und der Europäischen Union andererseits haben zum wiederholten Male Zweifel an der Verlässlichkeit Russlands als Hauptgaslieferant Europas erzeugt, wie auch Fragen nach der Instrumentalisierung von Gaslieferungen als außenpolitischem Druckmittel ins kollektive Bewusstsein gerufen; insbesondere nach der Ankündigung Russlands, auf die kürzlich beschlossenen, verschärften EU-Sanktionen mit einer Energiepreiserhöhung reagieren zu wollen.¹ Die europäische Energieversorgungssicherheit scheint wieder einmal auf der Kippe zu stehen.²

Als der Konflikt im Osten der Ukraine anfang zu eskalieren und weitere Teile des Landes – unter russischer Beihilfe – mit Abspaltung drohten, brachte Russland eine Drosselung seiner Erdgaslieferungen immer wieder ins Spiel; falls die Ukraine ihre Schulden aus früheren Gasimporten nicht begleiche – so die russische Argumentation – könnte Moskau die Gasversorgung unterbrechen.³ Inzwischen hat Gazprom den Warnungen Taten folgen lassen: Für zukünftige Gaslieferungen soll die Ukraine laut Angaben des Gazprom-Sprechers Sergej Kuprianow vorab bezahlen; erfolgt die Zahlung in Vorkasse nicht, würden die Lieferungen an Kiew sofort gedrosselt,⁴ wie es Anfang Juli der Fall war. Moskau ist bewusst, dass dies verheerende Folgen für die Ukraine haben könnte: Nach Angaben von Gazprom benötigt das Land insgesamt

18,5 Milliarden Kubikmeter (bcm) Erdgas in den Speichern, um den Winter zu überstehen; derzeit sei allerdings nur die Hälfte der Speicher gefüllt. Lieferungen nach Europa hingegen beschreibt der stellvertretende Gazprom-Chef Witali Markelow als nach wie vor „stabil“.⁵

Dies könnte sich allerdings ändern: 2013 importierte die EU zirka 130 bcm aus Russland.⁶ Obwohl Russland inzwischen durch die Nord-Stream-Gaspipeline mit 55 bcm Kapazität und die Gaspipeline durch Weißrussland und Polen mit einer Transitkapazität von 33 bcm in der Lage ist, die EU mit fast 90 bcm Gas zu versorgen ohne das ukrainische Transitnetz zu nutzen, werden die restlichen 40 bcm immer noch durch dieses geliefert. Die Drosselung russischer Gaslieferungen an die Ukraine könnte also – gerade in den Wintermonaten – die Versorgung einiger EU-Mitgliedstaaten kurzfristig beeinträchtigen, insbesondere in Ost- und Südosteuropa, wo noch keine vernetzten Bypässe vorhanden sind. Wie die letzten Jahre gezeigt haben, boten ukrainische Gasschulden wiederholt Anlass für „Gaskriege“ zwischen Moskau und Kiew. Die Folge waren Lieferengpässe und Unterbrechungen, wie etwa in den Jahren 2006 und 2009. Faktoren, welche die Gasversorgung Europas erneut gefährden könnten, sind die prekäre finanzielle Lage der Ukraine, insbesondere des staatlichen Energiekonzerns Naftogaz; der durch die politische Krise und die finanziellen Forderungen bedingte steigende Druck von Gazprom; sowie eben die Abhängigkeit vom ukrainischen Transitsystem.⁷

In der Tat warnte EU-Energiekommissar Günther Oettinger bereits in der Frühphase der Krise „vor möglicherweise gravierenden Auswirkungen der Ukraine-Krise auf die Gasversorgung in Europa“.⁸ Er betonte, dass es nun darum gehe, „eine Gas-krise zu vermeiden und Versorgungssicherheit für den nächsten Winter zu gewährleisten ... Wenn wir Kiew nicht in die Lage versetzen, offene Gasrechnungen von mehr als zwei Milliarden US-Dollar zu bezahlen, besteht die Gefahr, dass Russland die Ukraine nicht mehr versorgt [und es] zu einem schwer kontrollierbaren Prozess kommen [kann], der auch Deutschland betrifft“.⁹ Oettinger schlug zudem vor, eine Energiestrategie für die nächsten Jahrzehnte zu entwerfen.¹⁰ Bundeskanzlerin Angela Merkel hatte sogar „eine ‚neue Betrachtung der gesamten Energiepolitik‘ angekündigt, um die Abhängigkeit von Russland zu reduzieren.“¹¹

Der polnische Ministerpräsident Donald Tusk geht noch einen Schritt weiter. In einem Beitrag für die *Financial Times* erklärte er, die Gasabhängigkeit von Russland könnte die Souveränität Europas einschränken. Angesichts der Ukraine-Krise fordert er, ganz in der Tradition vergangener Vorschläge, eine Energie-NATO unter Ausschluss Russland,¹² eine EU-Energieunion: „Europa sollte längerfristig das russische Gasmonopol aufbrechen und somit den freien Wettbewerb wiederherstellen ... Deshalb schlage ich eine Energieunion vor ... die auf sechs Prinzipien basieren würde ... Erstens sollte Europa einen Mechanismus entwickeln, um gemeinsam Energieverträge mit Russland zu verhandeln ... Zweitens sollten solidaritätsgewährleistende Mechanismen zwischen Mitgliedstaaten gestärkt werden, falls die Energieversorgung wieder einmal abgeschnitten werden sollte ... Drittens sollte die EU den Bau entsprechender Energieinfrastruktur unterstützen ... Viertens sollte Europa vorhandene fossile Brennstoffe, mitunter Kohle und Schiefergas, voll und ganz nutzen ... Fünftens sollten wir auf unsere Partner außerhalb Europas zugehen ... [und sechstens] sollte die im Jahr 2005 von der EU und acht ihrer östlichen Nachbarn gegründete Energiegemeinschaft, die den europäischen Gasmarkt nach Osten hin ausdehnt, gestärkt werden.“¹³

Auch wenn Tusks Äußerungen wie eine Erklärung der eigenen nationalen Interessen klingen mögen, um Kohle in Europa zu verkaufen und Investoren für die Förderung von Schiefergas (Fracking) zu gewinnen, neigen die europäischen Länder seit einiger Zeit aufgrund der Ukraine-Krise und den daraus resultierenden russischen Drohungen durchaus dazu, eine härtere Haltung gegenüber Russland einzunehmen. Angesichts ihrer Energieabhängigkeit taten sich die Europäer bis vor Kurzem schwer damit, offen auf Konfrontationskurs mit Russland zu gehen. Bisherige EU-Strafmaßnahmen fielen eher mild aus, und die viel beschworenen wirtschaftlichen Sanktionen beschränkten sich auf das Einfrieren von Bankkonten einiger Figuren der sogenannten ostukrainischen Separatistenbewegung sowie Putin nahestehende Personen, jedoch bei weitem keine Schlüsselfiguren im russischen Machtgefüge und Wirtschaftsapparat. Erst nach dem Abschuss eines zivilen Flugzeugs über dem umkämpften Territorium der Ostukraine haben die Botschafter der EU-Staaten härtere und tieferegreifende Sanktionen gegenüber Russland verhängt.¹⁴ Nun treffen die Sanktionen tatsächlich und zum ersten Mal direkt den russischen Banken-, Rüstungs- und Energiesektor. Der Zugang zum europäischen Kapitalmarkt soll für russische Banken erschwert, Exporte von Waffen und Dual-Use-Gütern (welche sich sowohl für zivile als auch militärische Zwecke verwenden lassen) nach Russland verboten und die von Spezialanlagen für die Öl- und Gasförderung beschränkt werden. Die Auswirkungen dieser Maßnahmen auf das russische Wirtschafts- und Finanzsystem werden als womöglich gravierend und sogar „systemisch“¹⁵ eingeschätzt.

Bei genauerer Betrachtung allerdings wird die kalibrierte Natur der Sanktionen augenscheinlicher: Sie sind auf ein Jahr beschränkt, betreffen im Fall der Waffenexporte nur künftige und nicht bereits abgeschlossene Verträge und im Energiesektor sehen sie lediglich eine „Beschränkung“ und kein Verbot vor. Darüber hinaus scheinen nur Spezialanlagen für Tiefwassergasförderung und „Shale Oil“ betroffen zu sein, während Technologie-Exporte für den Erdgassektor weiterhin von Sanktionen verschont bleiben.¹⁶ Bundesaußenminister Frank-Walter Steinmeier – für seine grundsätzliche Bereitschaft zum Dialog mit Moskau wiederholt kritisiert – hat

zwar die EU-Entscheidung zu neuen Sanktionen mitgetragen und sogar für unausweichlich erklärt („Russland lässt uns keine andere Wahl“¹⁷), betont aber mit Nachdruck die weitere Bereitschaft zum Dialog; falls diese auch auf Seiten Russlands bestünde, könnte die Entscheidung über die neuen Sanktionen rückgängig gemacht werden: „Wir bleiben unserem Kurs treu: Klug kalibrierte und gemeinsam beschlossene Maßnahmen Europas zur Erhöhung des Drucks und die Bereitschaft zu ernsthaften Gesprächen mit Russland.“¹⁸ Steinmeiers Worte bezeugen die prekäre Lage der Bundesregierung zwischen außenpolitischer Entschlossenheit und wirtschaftlichen Bedenken. „Kalibrierte Maßnahmen“ zielen daher auf eine Balance zwischen so viel politischem Schaden wie nötig und so wenig wirtschaftlichem Schaden wie möglich; zumal auch andere europäische Staaten auf die engen Wirtschaftsbeziehungen mit Russland nur schwer verzichten können.

Selbst Großbritannien – ansonsten stets bemüht, eine harte Haltung gegenüber Russland einzunehmen – wird erstmalig ab Oktober diesen Jahres über einen Zeitraum von drei Jahren 2,4 bcm Gas direkt aus Russland importieren.¹⁹ Die Vereinbarung geht zwar auf ein bereits im Jahr 2012 zwischen dem britischen Energieunternehmen Centrica und Gazprom unterzeichnetes Abkommen zurück; Centrica ist jedoch nicht das einzige europäische Energieunternehmen, das inmitten der Ukraine-Krise und trotz Sanktionen Abkommen mit Gazprom abgeschlossen oder angekündigt hat. Ende April unterzeichnete beispielweise der Generaldirektor des österreichischen Gas-Riesen OMV, Gerhard Roiss, ein Abkommen mit Gazprom-Chef Alexej Miller über die Anbindung Österreichs an die geplante neue Gas-Pipeline South Stream. Er sagte dazu: „Wir haben ein Abkommen zustande gebracht, das die Hauptleitung der South Stream nach Österreich führt ... Ob in zehn Jahren noch Gas über die Ukraine fließt, ist fraglich.“²⁰

Mit zunehmender Nervosität warnten auch deutsche Großkonzerne wie Siemens, Deutsche Bahn, Wintershall oder Volkswagen, Mittelständler wie der Landmaschinenhersteller Claas und nicht zuletzt Bankenverbandschef Jürgen Fitschen und Industriepäsident Ulrich Grillo²¹ vor schärferen

Wirtschaftssanktionen gegen Russland und deren unabsehbaren Folgen für europäische Wirtschaftsinteressen.²² Sogar der Präsident des ifo Instituts für Wirtschaftsforschung, Hans-Werner Sinn, warnte vor einer Isolierung Russlands; gleichzeitig hob er die Vorteile einer vertieften, auf wirtschaftlicher Komplementarität basierenden Handelsbeziehung hervor, und erwähnte sogar einen alten Putin-Vorschlag: die Gründung einer Freihandelszone mit Russland, unter Einschluss der Ukraine.²³ Zudem stellten Manager deutscher Großkonzerne wie E.ON, Metro, BASF und Daimler durch ihre Teilnahme am Sankt Petersburger Wirtschaftsforum ihr Interesse an reibungslosen Geschäftsbeziehungen mit Russland demonstrativ zur Schau.²⁴ Anders als die amerikanische Regierung, die Vertreter amerikanischer Großkonzerne drängte, das Petersburger Wirtschaftstreffen zu meiden, gab die Bundesregierung tatsächlich keine offizielle Empfehlung in diesem Sinne.²⁵

Darüber hinaus soll die Bundesregierung den Verkauf der RWE-Tochter DEA an den russischen Oligarchen Michail Fridman als unproblematisch eingeschätzt haben und generell kein Veto gegen geplante deutsch-russische Milliardenprojekte einlegen wollen.²⁶ Wie sehr härtere Sanktionen in Deutschland auf eine gewisse Skepsis stießen, war an dem neuen Ton zu vermerken, den Bundeskanzlerin Angela Merkel Mitte Mai in einem Interview zur Ukraine-Krise anschlug. Zwar bekräftigte sie die Völkerrechtswidrigkeit der Krim-Annexion und sprach sich für eventuelle zusätzliche Sanktionen aus, bezeichnete diese jedoch „nicht als Selbstzweck“, und befürwortete „mittelfristig“ weiterhin eine „enge Partnerschaft mit Russland“.²⁷ Die Tatsache, dass europäische Regierungen, während sie weitere und härtere Wirtschaftssanktionen gegen Russland verhängen, kein politisches Veto gegen privatwirtschaftliche Abkommen mit Russland einlegen, zeigt, wie sehr außenpolitische Entscheidungen und europäische Wirtschaftsinteressen auseinanderdriften. Die jüngst beschlossenen Sanktionen deuten allerdings darauf hin, dass zumindest gegenwärtig politische Entscheidungen auf europäischer Ebene gewichtiger sind als nationale Wirtschaftsinteressen.

Im Gegensatz zu den europäischen haben US-amerikanische Sanktionen bereits mit sofortiger Wirkung bedeutende Persönlichkeiten und Institutionen des russischen Energiesektors getroffen. So etwa Igor Setschin, Chef des staatlichen Ölkonzerns Rosneft. Die USA zeigen sich bereit, demnächst auch Alexej Miller auf die Sanktionsliste zu setzen.²⁸ Darüber hinaus stellte die US-Ratingagentur Standard & Poor's Russlands Kreditwürdigkeit in Frage und stufte schließlich die Bonität des Landes herab.²⁹ Zudem haben die USA in Folge der neuen EU-Sanktionen ihre eigenen verschärft und drei weitere russische Banken mit staatlicher Mehrheitsbeteiligung auf die Sanktionsliste gesetzt (die Bank von Moskau, die Russische Landwirtschaftsbank und die VTB Bank). Somit wird nahezu allen Banken mit staatlicher Mehrheitsbeteiligung der Zugang zum amerikanischen Kapitalmarkt erschwert.³⁰

Flüssigerdgas – Segen oder Fluch?

Des Weiteren scheint die US-Regierung den Konflikt in der Ukraine zu nutzen, um die Stellung russischer Energieproduzenten auf dem europäischen Energiemarkt zu schwächen und Marktanteile für global handelnde US-Firmen zu gewinnen. In der Tat erwägt die Europäische Union, mittelfristig als Alternative zu russischen Lieferungen Flüssigerdgas (LNG) aus den USA zu beziehen. US-Präsident Barack Obama versprach bereits im März 2014, dass die USA Flüssigerdgas nach Europa liefern würden.³¹ Zuvor hatte Kanadas Ministerpräsident Stephen Harper Bundeskanzlerin Merkel signalisiert, dass auch Kanada Europa künftig mit Öl und Gas versorgen könne. Noch deckt Deutschland rund ein Drittel seines Gas- und Ölbedarfs durch russische Importe.³² Auch der wirtschaftspolitische Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Joachim Pfeiffer, sieht den derzeitigen Konflikt in der Ukraine als eine direkte Bedrohung für die deutsche Gasversorgung: „Es gilt, die Quellen weiter zu diversifizieren sowie zusätzliche Möglichkeiten des Imports sicherzustellen ... Eine gute Chance ist dabei zum Beispiel das geplante Transatlantische Freihand-

delsabkommen, durch das Europa verbesserten Zugang zu den erschlossenen Reserven in den USA erhalten soll.“³³

Die Ukraine-Krise unterstützt die Bestrebungen von US-Gasproduzenten, künftig Gazprom aus den europäischen Märkten so weit wie möglich zu verdrängen, um große Mengen Flüssigerdgas per Schiff nach Europa ausführen zu können. Das amerikanische Energieministerium prüft zurzeit diverse Anträge, Flüssigerdgas nach Japan, Indien oder in die EU zu exportieren, wo die Gaspreise deutlich höher als in den USA sind. US-Firmen, die Erdgas exportieren wollen, hoffen, dass höhere LNG-Exporte nicht nur Erlöse aus dem internationalen Handel ermöglichen, sondern auch den Binnenpreis auf das Niveau internationaler Märkte anheben würden. Dadurch würden sowohl das Binnen- als auch das Außengeschäft so rentabel werden, dass sich Zusatzinvestitionen in die einheimische Schiefergasproduktion lohnen würden. Mittlerweile haben in den USA viele Förderunternehmen durch die zeitweise extrem niedrigen Preise die „Lust am Fracking“³⁴ verloren. Sollten mehr LNG-Exportlizenzen vergeben werden, und die daraus folgende Anhebung des Binnenmarktpreises die Förderung von Schiefergas wieder rentabel machen, könnten die US-Erdgasunternehmen insbesondere den europäischen Markt mit LNG versorgen. Eine Anhebung des amerikanischen LNG-Binnenpreises auf das Niveau der europäischen und asiatischen Preise³⁵ würde wiederum einen einheitlichen, globalen Gasmarktpreis zur Folge haben, sobald 40 Prozent des gesamten globalen Verbrauchs durch LNG gedeckt wären.³⁶ Dies würde eine Erhöhung des globalen Investitionsvolumens insbesondere in FLNG (Floating Liquefied Natural Gas, d.h. schiffende Anlagen zur Förderung, Verflüssigung, Lagerung und dem Umschlag von Erdgas) aber auch einen Preisanstieg mit sich ziehen, der sich direkt und negativ auf die europäischen Verbraucher auswirken würde. Die USA – die in diesem Jahr selbst noch zirka 10 Prozent ihres Gasbedarfs durch Importe aus Kanada und Mexiko decken und noch bis 2035 Netto-Gasimporteure bleiben werden (wenngleich der Importanteil nur noch 1 Prozent betragen wird) – haben also Interesse an einer Erhöhung des LNG-Exportvolumens.³⁷

Beim letzten Energiegipfel der G7 in Rom traten die US-Energieinteressen und die Meinungsunterschiede mit den europäischen Ländern zur weiteren Diversifizierung ihrer Energiequellen deutlich zu Tage. Während die USA (und Kanada) um den europäischen Markt werben, von einer globalen Energiesupermacht des Westens träumen und Großbritannien darauf drängt, dass alle Optionen auf den Tisch kommen – von Fracking bis Atomstrom aus Japan – hält sich Deutschland demonstrativ zurück und verweist auf die gemeinsame Erklärung der G7-Energieminister: Diese erwähnt lediglich einen vielfältigen Energiemix, den Ausbau von Infrastruktur zum Transport von Öl und Gas sowie die Unterstützung der osteuropäischen Staaten; die Rolle der Atomkraft schwächt sie ab und beinhaltet auch keinen direkten Verweis auf Russland.³⁸ Vielmehr schlagen Deutschland und sein Energieminister Sigmar Gabriel die Gründung einer Energie-KSZE (Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa) unter Einschluss Russlands vor.³⁹

Sollte sich in der Tat die US-amerikanische Position durchsetzen und eine Diversifizierung weg von russischen Lieferungen fast ausschließlich zu Gunsten von LNG-Importen aus den USA erfolgen, hätte dies direkte ökonomische und indirekte geopolitische Folgen für Russland. Die direkte wirtschaftliche Folge wäre ein Einbruch der russischen Gaseinnahmen. Die russische Wirtschaft hängt massiv von den Einnahmen aus dem Export fossiler Energieträger ab; sie machen mehr als die Hälfte des öffentlichen Haushalts Russlands aus. Die Erdgaseinnahmen stiegen von 20 Milliarden US-Dollar im Jahr 2002 auf 68 Milliarden US-Dollar im Jahr 2012, und legten 2013 noch einmal zu. Im gleichen Zeitraum stiegen die Exporterlöse aus Rohöl und Ölprodukten von 44 Milliarden US-Dollar auf 290 Milliarden US-Dollar.⁴⁰ Ein Einbruch der Gaseinnahmen würde den wirtschafts- und haushaltspolitischen Spielraum Moskaus deutlich einschränken. Die maßgebliche geopolitische Folge wäre eine potentiell drastische Senkung der russischen Militärausgaben, deren derzeitige Höhe unabdingbar für eine Fortsetzung der aktuellen aggressiven Außenpolitik ist. In der Tat haben sich parallel zu den steigenden Öl- und Gaseinnahmen die rus-

sischen Militärausgaben vervielfacht. Laut SIPRI sind diese „nur in den letzten beiden Jahren um fast 50 Prozent auf umgerechnet 90 Milliarden US-Dollar gestiegen.“⁴¹

Die Lage auf dem amerikanischen Binnenmarkt und die noch schwache amerikanische Binnenkonjunktur dürfen Russland jedoch hoffen lassen, dass dieses Szenario nicht eintreten wird. Darüber hinaus haben die Pläne der US-Erdgasunternehmen in den USA selbst heftige Kritik ausgelöst. Zum einen mahnen Umweltschützer, dass ein Boom im Exportgeschäft die umstrittene Fracking-Methode zur Öl- und Erdgasförderung weiter antreiben würde, mit erheblichen Risiken für Mensch und Umwelt. Zum anderen warnen große Konzerne vor möglichen Schäden für die US-Wirtschaft.⁴² Diese Konzerne setzen das billige Gas verstärkt für die Stromerzeugung ein, welche wiederum für die Produktion stromintensiver Güter förderlich ist und somit die noch sehr fragile Konjunktur beflügelt. Steigende Preise als Folge einer Erhöhung der für den Export bestimmten LNG-Produktion würden sich negativ auf die Binnenkonjunktur auswirken. Demnach überrascht es nicht, dass die US-Regierung bei der Gewährung von Exportlizenzen für LNG-Projekte äußerst vorsichtig vorgeht.

Berücksichtigt man, dass Schwellenländer wie China und Indien immer mehr Energieressourcen – darunter LNG – importieren, und dass Japan nach der Katastrophe von Fukushima, und trotz der jüngsten Reaktivierung von 2 Reaktoren, alle 48 kommerziellen Atomreaktoren herunterfahren musste,⁴³ und stark auf den LNG-Import umgestiegen ist, wird deutlich, dass der LNG-Import für Europa mittel- bis langfristig keine kostengünstige Alternative darstellt. Laut dem Chefvolkswirt der Internationalen Energieagentur (IEA), Fatih Birol, sind zwar heute die US-Gaspreise deutlich niedriger als die in Europa und Japan. Nach IEA-Prognose wird jedoch ab 2020 „die Stunde der OPEC-Länder ... kommen“,⁴⁴ und zwar aufgrund des steigenden Energiebedarfs Asiens. Darüber hinaus haben die USA bisher keine nennenswerten LNG-Produktionsanlagen entwickelt; damit diese frühestens in den Jahren 2018 bis 2020 exportbereit sein könnten, müsste man mit ihrer Entwicklung bereits jetzt beginnen. So bleibt die Versorgung der

Europäischen Union mit LNG aus Übersee vorerst ein frommer Wunsch; als mögliche Alternative zu Russlands Gaslieferungen steht sie vor zwei Problemen: Zeit und Geld.

Während sich die Abhängigkeit von russischem Gas kurz- bis mittelfristig also nicht oder nicht ausschließlich durch LNG-Importe aus den USA verringern lässt, sollte die EU schnellstmöglich nach mittel- bis langfristigen Alternativen zu den Gaslieferungen aus Russland suchen. Das Ziel bestünde in einem differenzierten Gas-Mix aus LNG- und Pipeline-Importen; langfristigen Verträgen und Einkäufen auf dem entstehenden Spotmarkt; sowie einer größtmöglichen geographischen Diversifizierung der Bezugsquellen.

Nabucco oder der gescheiterte Versuch, iranisches Gas nach Europa zu importieren

Neben der relativ jungen Alternative möglicher LNG-Importe aus den USA diskutierte die EU eine weitere Option bereits vor einiger Zeit, jedoch mit wenig Erfolg: Das seit 2002 geplante Nabucco-Pipeline-Projekt hätte zum Kernstück von Europas großangelegter Energiestrategie werden sollen. Um Energiequellen geographisch zu diversifizieren und die Abhängigkeit von Russland zu verringern, arbeitete ein Konsortium (bestehend aus der deutschen RWE, der österreichischen OMV, der ungarischen MOL, der bulgarischen Bulgargaz, der rumänischen Transgaz und der türkischen Botas) an der Planung des Projekts, das in der ersten Phase im Vollbetrieb 31 bcm Erdgas pro Jahr nach Europa hätte transportieren sollen. Es sollte eine Gaspipeline vom Kaspischen Meer bis nach Baumgarten in Österreich verlegt werden, die in ihrer Endphase bis zu 100 bcm Erdgas aus Iran und Aserbaidschan zu den mitteleuropäischen Märkten transportieren sollte. Der Baubeginn für die 3300 Kilometer lange Leitung war für 2011 geplant, die Fertigstellung für 2014. Die Kosten des Projekts wurden damals mit acht Milliarden Euro veranschlagt.

Von Anfang an prognostizierten Analysten, dass man Nabucco ohne iranisches Gas nicht bauen könne. Doch die westlichen Sanktionen gegen Teheran – als Strafmaßnahme gegen die Weiterführung des iranischen Atomprogramms gedacht und von Russland stets tatkräftig mitgetragen – zwangen die EU, auf iranisches Gas zu verzichten. Am Ende konnte sich die von Aserbaidschan und der Türkei unterstützte Trans-Adria-Pipeline, die Gas nach Italien liefern soll, als kleinere Alternative zu Nabucco durchsetzen.⁴⁵

Hätten sich die Europäer den Zugang zum kaspischen Gas durch die große Nabucco-Pipeline sichern können, wären die Länder in Ost- und Südosteuropa heute wesentlich weniger von Lieferungen aus Russland abhängig. Moskau wäre nicht mehr in der Lage gewesen, Energielieferungen als politisches Instrument in der Region einzusetzen. Fakt ist jedoch, dass Russland, seitdem das Nabucco-Projekt vorgestellt wurde, alles in seiner Macht stehende versuchte, jegliche Konkurrenz gegen Gazprom zu unterbinden. Um Nabucco zu torpedieren, beschloss Russland den Bau der South-Stream-Pipeline: Diese sollte es Gazprom ermöglichen, Gas in Süd- und Mitteleuropa über eine Pipeline durch das Schwarze Meer zu vermarkten. Trotz enormer Kosten und Schwierigkeiten beim Bau beteuerte das Unternehmen wiederholt, dass es voll und ganz hinter dem Projekt stünde. So konnte Gazprom die Bemühungen des Nabucco-Konsortiums untergraben, Lieferanten und Abnehmer für die eigene Pipeline zu finden.

Im Zuge dieses Ansinnens verfolgte Russland eine zweigleisige Strategie. Zum einen unterstützte Moskau die UN-Sanktionen gegen den iranischen Energiesektor; zum anderen versuchte der ehemalige Bundeskanzler Gerhard Schröder – seit Dezember 2005 Vorsitzender des Aktionärsausschusses der europäisch-russischen Nord Stream AG – während eines inoffiziellen Besuchs in Teheran Ende Februar 2009 (zu Beginn der Teheran-EU-Verhandlungen zu einer möglichen iranischen Nabucco-Beteiligung), Iran davon zu überzeugen, sich stattdessen für eine Beteiligung an der von Gazprom initiierten South-Stream-Pipeline zu entscheiden.⁴⁶ Sieben Monate später erklärte Schröder die von der EU zur Umgehung Russlands vorangetriebene

Nabucco als gescheitert, weil diese „nur machbar mit Gas aus dem Iran“⁴⁷ sei. Er wird weiter mit den Worten zitiert, dass es „bislang ausreichend Gas für die geplanten Leitungen Nord Stream und South Stream [gebe], nicht aber für Nabucco ... Alle drei Vorhaben hätten ihre Berechtigung, weil Europa immer mehr Gas benötige. Allerdings müsste die EU ihre politischen Differenzen mit dem Iran überwinden, um eine Vereinbarung über Gaslieferungen vom Kaspischen Meer zu treffen.“⁴⁸ Ähnlich wird der ehemalige sowjetische Gasminister und frühere Regierungschef Russlands, der mittlerweile verstorbene Wiktor Tschernomyrdin zitiert; er bezeichnete das Nabucco-Projekt als „perspektivlos“ – die Pipeline sei „eine Leitung von Irgendwoher nach Nirgendwohin“.⁴⁹

Unter diesen Umständen wollte schließlich auch Aserbaidschan, welches nach dem Ausscheiden Irans als einziger Lieferant in Frage kam, Russland nicht brüskieren und entschied sich für die Trans-Adria-Pipeline. Somit war das Nabucco-Projekt gescheitert, und Russland konnte einen strategischen Erfolg in Süd- und Mitteleuropa verzeichnen. Viele Analysten sind sich darüber einig, dass South Stream ein politisches und kein ökonomisch rentables Projekt ist. Jedoch war die Tatsache, dass Russland beharrlich diese Karte im Spiel hielt, für Investoren Grund genug, die Realisierungschancen von zwei großen, parallelen Pipeline-Projekten wie Nabucco und South Stream anzuzweifeln, und somit auf die Realisierung von South Stream zu setzen. Russland gewann das Pokerspiel.

Iranisches Gas: Option für Europa oder Fata Morgana?

Aus politischen Gründen wurde die einzige Option, welche die Versorgungssicherheit der EU hätte verbessern können, nicht berücksichtigt: Iran. Das Land, welches nach der jüngsten BP-Statistik⁵⁰ über die größten Erdgasreserven der Welt verfügt, hätte jetzt die besten Chancen, zur möglichen Option für Europa zu werden, um den mittel- bis langfristigen Bestrebungen nach einer geographischen Diversifizierung der Bezugsquellen Rechnung zu tragen.

Auch Vizekanzler Gabriel, dessen Position in der Debatte um alternative Bezugsquellen als rücksichtsvoll gegenüber Russland gilt, kritisierte die Diversifizierungsbestrebungen mit eben dem Argument, dass im Falle des Baues der nunmehr gescheiterten Nabucco-Pipeline nur Iran als Alternative in Frage gekommen wäre: „Am Ende der Pipeline hätte der Iran gestanden.“ Deswegen befürwortet Gabriel ein besonnenes Umgehen mit der Ukraine-Krise: „Die gegenseitige Abhängigkeit mit Blick auf Energie in Deutschland und die Volkswirtschaft in Russland ist Motivation, in der Frage der Ukraine das Gespräch zu suchen und die Krise nicht durch Unbesonnenheit zu verschärfen.“⁵¹ Gabriels Argumentationslinie basiert auf eben jener Annahme, dass Gaslieferungen aus Iran, wenngleich die einzige praktikable Alternative zu Russland, politisch nicht tragbar wären. In der Tat stieß die Iran-Alternative bisher wegen des jahrelang anhaltenden Streits um das iranische Atomprogramm auf den politischen Widerstand der USA. Vielmehr noch, die noch mangelhafte infrastrukturelle Anbindung Teherans an den europäischen Markt und die Diversifizierung der iranischen Exporte in Richtung Asien, wo die stets steigende Nachfrage höhere Preise mit sich zieht, lassen derzeit – zu Recht – an der Machbarkeit dieser Alternative zweifeln.

Doch entgegen aller politischen Widerstände wird in letzter Zeit vermehrt Iran als mögliche Diversifizierung zu Russland erwähnt. Und in der Tat zeigt Teheran zunehmend Interesse an Gasexporten nach Europa und versucht parallel die Lücken in der Infrastruktur gen Westen zu füllen.⁵² Hierin verfolgt Iran eine Doppelstrategie. Nach Angaben von Abbas Maleki, Leiter des Instituts für strategische Studien unter dem Iranischen Schlichtungsrat, will Teheran zum einen die bereits bestehende Pipeline-Infrastruktur nach Turkmenistan nutzen, um Gas nach China zu exportieren. Bisher hat Iran geringe Mengen Gas aus Turkmenistan importiert. Jetzt könnte die Pipeline in umgekehrter Richtung befüllt werden, da Iran aufgrund gesteigerter Eigenproduktion kein turkmenisches Gas mehr benötigt.⁵³ Parallel dazu bemüht sich Iran aktiv, über die Türkei in naher Zukunft die infrastrukturelle Grundlage für einen Zugang zum europäischen Markt zu schaffen. Laut Vertrag soll das

Land bis zu 12-14 bcm in die Türkei exportieren. Im Laufe der jüngsten türkisch-iranischen Preisverhandlungen schlug Teheran vor, im Rahmen eines neuen Abkommens den Preis erst zu senken, wenn Ankara einer Erhöhung des Gasimports weit über die vereinbarte Menge und bis zu 20 bcm⁵⁴ zustimmen würde. Eine solche Importerhöhung wäre allerdings nur mit dem Bau zusätzlicher Transportkapazitäten (Bypass-Pipelines) möglich, welche wiederum den Iranern den erweiterten Anschluss an das türkische Pipelinennetz und dadurch den Zugang zum europäischen Gasmarkt ermöglichen würden. Die Türkei wiederum könnte das so billiger angekaufte Gas teurer an Europa weiterverkaufen.

Auch in den Beziehungen zu Moskau versucht Teheran den größtmöglichen Vorteil aus den Spannungen zwischen den USA und Russland zu ziehen. So hat Moskau den Iranern ein Bartergeschäft vorgeschlagen: Moskau wäre bereit, 500 000 Barrel Öl pro Tag zu kaufen, zu einem Wert von 1,5 Milliarden US-Dollar pro Monat (jährlich 18 Milliarden), und im Gegenzug Waren und Dienstleistungen, darunter auch Waffen und weitere Atomreaktoren, in entsprechendem Wert an Iran zu liefern.⁵⁵ Dieser Vorschlag löste in Washington eine heftige Reaktion aus: Russland untergrabe mit seinem Angebot de facto das Sanktionsregime. Iran seinerseits scheint das russische Angebot als Verhandlungsinstrument gegenüber dem Westen nutzen zu wollen.

Zudem scheint sich die geostrategische Lage nach der Ukraine-Krise zugunsten Irans gewendet zu haben. Die Furcht vor einer verstärkten Rückkehr der russischen Präsenz in Zentralasien und im Kaukasus etwa könnte die Länder der Region verstärkt in die Arme Teherans treiben. Die jüngste Reise des aserbaidischen Präsidenten nach Teheran erfolgte kurz nach der Einverleibung der Krim durch Russland und just nachdem Russland ein Militärmanöver im Kaspischen Meer abhielt.⁵⁶ Zudem ist die Furcht in Aserbaidschan groß, dass auch Georgien als Transitland destabilisiert werden könnte. Entsprechende Äußerungen des russischen Außenministers Sergej Lawrow könnte man in diesem Sinne interpretieren.⁵⁷

Trotz dieser jüngsten Entwicklungen und jenseits politischer Rhetorik und medialer Resonanz fehlt Iran allerdings nach wie vor die notwendige Pipelinekapazität, um eigenes Gas nach Europa zu exportieren. Während des letzten Jahrzehnts hat das Land seine Erdgasproduktion jährlich um jeweils mehr als 10 Prozent erhöht, sich jedoch wegen fehlender Infrastruktur für eine Strategie des Stromexports entschieden. So exportiert Iran inzwischen Strom nach Irak, Afghanistan, Pakistan, Turkmenistan und – wenngleich in begrenztem Maße – Aserbaidschan und in die Türkei.

Die geostrategischen Differenzen zwischen den USA und Iran beschränken sich nicht auf die Atomfrage, sondern betreffen auch die geopolitische und hegemoniale Stellung Irans im Mittleren Osten; jenseits seines Atomprogramms stellt das Land die Vormachtstellung der USA in der Region in Frage. Dies zeigt sich insbesondere in Libanon, Syrien, Irak, Afghanistan und schließlich in der Israel-Palästina-Frage. Diese Sorgen brachten David Petraeus, ehemals CIA-Direktor und Oberbefehlshaber des Zentralkommandos der Vereinigten Staaten, und Vance Serchuk vom Center for a New American Security in einem gemeinsamen Artikel für die Washington Post zum Ausdruck. In einem 5-Punkte-Plan schlugen sie vor, welche Bedingungen die USA einem wirtschaftlich erstarkten, von Sanktionen befreiten Iran stellen sollten:

- 1) Iran müsste die Unterstützung für – aus Sicht der USA – terroristische und extremistische Organisationen wie Hisbollah zum Zweck der Ausdehnung seiner eigenen Einflusssphäre in den benachbarten Ländern einstellen. Sollte dies nicht geschehen, wäre eine Annäherung beziehungsweise eine Aussöhnung zwischen Teheran und Washington unmöglich.
- 2) Die US-Regierung sollte zusammen mit Saudi-Arabien und Israel nach effektiven Ansätzen zur Eindämmung eines wirtschaftlich erstarkten Irans suchen.
- 3) Die US-Regierung sollte im Syrien-Konflikt, welchen die Autoren für den bedeutendsten Schauplatz der kollidierenden Interessen von Washington und Teheran um die Neubestimmung

mung der Machtverhältnisse in der Region halten, entschiedener und effektiver als bisher eingreifen und für die Opposition Partei beziehen. Washington sollte diese mit schweren Waffensystemen beliefern.

- 4) Die amerikanische militärische, diplomatische und geheimdienstliche Präsenz im Mittleren Osten müsste im Falle eines Atomabkommens nicht geschwächt sondern, paradoxerweise, sogar verstärkt werden. Dazu müssten die Abwehrsysteme der Länder des Golf-Kooperationsrats stärker gebündelt, gemeinsame Militärübungen in der Luft und auf dem Meer durchgeführt und die existierenden logistischen Kapazitäten erweitert werden.
- 5) Sollten bestehende Sanktionen in Folge eines Atomabkommens mit Teheran ausgesetzt werden, wäre es für die USA unabdingbar, existierende Sanktionen bezüglich der Unterstützung terroristischer Organisationen aufrechtzuerhalten und gleichzeitig über ein diesbezügliches neues Sanktionsregime nachzudenken.⁵⁸

Andererseits scheint die US-Regierung in letzter Zeit an einer Lockerung der Sanktionen zunehmend interessiert. Jüngsten Berichten des Wall Street Journal zufolge⁵⁹ haben US-Regierungsvertreter europäische und amerikanische Firmen – insbesondere im Medizinbereich (Bayer, GlaxoSmithKline) und aus der Luftfahrt- (Boeing, Lufthansa Technik) Automobil- und Petrochemie-Industrie – dazu aufgefordert, Geschäfte mit Iran wieder aufzunehmen, mit dem Ziel, den Weg zu einem Atomabkommen zu ebnen.

Geostrategische Bedenken für die Zeit nach dem Erreichen eines Atomabkommens und konkrete Schritte für den Abschluss eines eben solchen bezeugen wie teils diametral unterschiedlich die Einschätzungen des amerikanischen politischen, militärischen, diplomatischen und wirtschaftlichen Establishments in der Atom- und Sanktionsfrage sind, das heißt wie widersprüchlich die gegenwärtige US-Außenpolitik gegenüber Iran insgesamt ist. Eine klare und entschlossene Entspannungs- und Annäherungspolitik seitens der USA und eine dauerhafte Verbesserung der amerikanisch-iranischen Beziehungen scheinen also bis dato nicht auf

solider Basis zu fußen. Ohne eine solche Politik ist jedoch jeder Versuch, Iran politisch und energiepolitisch an Europa zu binden zum Scheitern verurteilt.

Ausblick

Energiepolitisch ist durch die Verschärfung der Ukraine-Krise, ihre militärische Eskalation und den konfrontativen Kurs aller beteiligten Akteure die Gasversorgungssicherheit Europas gefährdet. Zu Russlands Gaslieferungen wird Europa kurz- bis mittelfristig keine glaubhafte Alternative finden können: Sowohl bei alternativen LNG- als auch bei Pipelinelieferungen müssten sich Export- und Importländer auf Basis von Take-or-Pay-Verträgen langfristig verpflichten. Zurzeit ist jedoch keiner der Akteure zu einer solchen Verpflichtung bereit. Die Europäische Union und Russland werden also bis zur Inbetriebnahme von South Stream auf das Transitland Ukraine nicht verzichten können. Umso wichtiger wäre ein neuer Ansatz in der Ukraine-Krise, besonders seitens der EU und Deutschland, insbesondere unter Berücksichtigung der geopolitischen und -ökonomischen Folgen einer weiteren Eskalation der bereits gewaltsamen Krise.

Geopolitisch sollten sich die EU und Deutschland nicht instrumentalisieren lassen. Eine schnelle und unüberlegte wirtschaftliche Anbindung der Ukraine an die EU, gepaart mit weiteren, noch schärferen Sanktionen gegen Russland als die bisher verabschiedeten oder sogar ein ukrainischer NATO-Beitritt wären für Russland nicht hinnehmbar und würden die Einkreisungsängste Moskaus nur weiter befeuern. Eine Eskalation hin zu einer offenen, militärischen Konfrontation wäre nicht mehr auszuschließen, und das Horrorszenario eines Krieges auf europäischem Boden nicht mehr undenkbar.

Geoökonomisch schaden die gerade beschlossenen, schärferen Sanktionen europäischen Großkonzernen, noch mehr dem fragilen europäischen Bankensystem. Sie treffen nicht nur den russischen Bankensektor, sondern indirekt auch europäische Banken. Diese haben in der Tat massiv Kredite an russische Unternehmen vergeben, welche jetzt Schwierigkeiten haben könnten, diese zu bedie-

nen. Der Ökonom Yanis Varoufakis hat diesen Zusammenhang deutlich erklärt: „Die europäischen Banken haben an russische Unternehmen Kredite in Höhe von 900 Milliarden Euro vergeben. Diese Kredite müssen monatlich zurückgezahlt werden, die Banken erwarten Rückzahlungen und Zinsen in der Höhe von 10 Milliarden Euro monatlich. Seit seiner Pleite im Jahr 1998 hat Russland seine Währungsreserven wieder aufgebaut und hat nun etwa 450 Milliarden Euro an Reserven. Trotzdem führt die fortgesetzte Kapitalflucht in der Folge der Ukraine- und Krimkrise zu einer substantiellen Unsicherheit im europäischen Bankensektor, ob die russischen Unternehmen ihrem Schuldendienst nachkommen können.“⁶⁰

Energiopolitische, geopolitische und geoökonomische Überlegungen sollten die EU und Deutschland aber auch dazu veranlassen, weitere Optionen jenseits des Traditionspartners Russland ernsthaft abzuwägen: Eine solche wäre Iran. Sollte das Sanktionsregime gegen das Land endgültig ausgesetzt und ein Atomabkommen mit Teheran erreicht werden, wären die notwendigen außenpolitischen Voraussetzungen für eine vertiefte Kooperation im Energiebereich vorerst erreicht; zumal eine Opposition seitens der USA gegenüber einer solchen Kooperation zwischen EU und Iran nunmehr rein geopolitischer Natur wäre. Darüber hinaus könnte ein europäisch-iranisches Gasgeschäft die Westbindung Teherans – de facto seine Eindämmung – stärker als jedes Militärmanöver im Mittleren Osten oder jeder Einkreisungsversuch vorantreiben.

Geoökonomisch erscheint Iran für eine tatsächliche Diversifizierung von Erdgaslieferungen nach Europa mittelfristig als kostengünstigere Alternative zu LNG-Importen aus den USA. In der Tat wird LNG für europäische Verbraucher wegen der steigenden Nachfrage in Asien und dem dortigen hohen Preisniveau teurer. Diese Tatsache, zusammen mit sinkender Eigenproduktion und der Konkurrenz mit den asiatischen Märkten, stellt Europa vor ein Dilemma, nämlich entweder den eigenen Bedarf durch mehr Importe aus Russland zu decken oder teureres LNG zu importieren. Ein möglicher Ausweg aus diesem Dilemma könnte

darin bestehen, die kostengünstigere Option Iran jenseits politischer Rhetorik zumindest zu überprüfen, wenngleich Teheran weniger eine Alternative als eine Ergänzung zu russischen Gaslieferungen darstellen würde. Zudem ist Iran in den aktuellen Verhandlungen zum Atomprogramm auf die Unterstützung Moskaus angewiesen, und kann kein Interesse daran haben, als Konkurrent Russlands wahrgenommen zu werden.⁶¹

Die Europäische Union könnte beispielsweise die prominente Rolle eines atomfreien Irans im Mittleren Osten akzeptieren, wie kürzlich von Außenminister Mohammad Javad Zarif verlangt.⁶² Gleichzeitig müsste sie klarstellen, dass kein Gasgeschäft möglich ist, wenn Iran weiterhin seine Einflussosphäre im Mittleren Osten ausdehnen will und seine prominente Rolle als hegemoniale Stellung versteht. Iran müsste vielmehr Zarifs Worten („Das Schaffen von Vertrauen und Zusammenarbeit bilden die Eckpfeiler iranischer Regionalpolitik“⁶³) Fakten folgen lassen, und seine Rolle als kooperative Status-Quo-Macht und nicht als revisionistische, aggressive Macht unter Beweis stellen. Die Logik eines solchen EU-Ansatzes sollte heißen: Eindämmung durch Integration und Handel statt durch Abschottung und Einkreisung.

Dieses Szenario könnte allerdings erst zu einer glaubhaften politischen Alternative werden, wenn das Sanktionsregime ausgesetzt und die politischen Beziehungen, insbesondere zwischen den USA und Iran, normalisiert wären. Erst dann wäre Iran ein potentieller glaubhafter Partner des Westens, und man könnte über Gaslieferungen aus Teheran als Ergänzung zu den russischen Lieferungen ernsthaft diskutieren. Die gegenwärtige, unklare Stellung der USA gegenüber Teheran erlaubt hierfür momentan wenig Spielraum. Die rasche und überraschende de facto Lockerung der bisherigen Sanktionen seitens der USA, die Verlängerung der Atomverhandlungen und die signalisierte Bereitschaft Irans, das Zusatzprotokoll unter bestimmten Bedingungen zu unterschreiben⁶⁴ – all dies sind Zeichen dafür, dass sich ein – wenngleich fragiles – Zeitfenster geöffnet hat.

Dr. Behrooz Abdolvand ist Associate Fellow des Forschungsinstituts der DGAP. Er arbeitet seit 1998 am Otto-Suhr-Institut der Freien Universität Berlin als Dozent für internationale Beziehungen und Energiepolitik der Staaten der Greater-Middle-East-Region.

Jacopo Maria Pepe ist Doktorand im Rahmen des Programms Caspian Region Environmental and Energy Studies des Berlin Centre for Caspian Region Studies an der Freien Universität Berlin und gegenwärtig Visiting Researcher am Edwin Reischauer Center for East Asian Studies an der Paul H. Nitze School of Advanced International Studies der Johns Hopkins University, Washington DC.

Anmerkungen

- 1 Vgl. o.A., Nach EU-Sanktionen. Moskau kündigt höhere Energiepreise für Europa an, in: Der Spiegel, 30.07.2014, <<http://www.spiegel.de/politik/ausland/sanktionen-russland-droht-europa-mit-hoeheren-energiepreisen-a-983698.html>> (abgerufen am 31.07.2014).
- 2 Erdgas- und Rohöleinnahmen machen zusammengenommen 52% des russischen Haushalts aus. 90% des russischen Erdgases geht in die EU, davon wird mehr als die Hälfte über die Ukraine transportiert. Vgl. Energy Information Administration, Country Report Russia, 26.11.2013, <<http://www.eia.gov/countries/cab.cfm?fips=rs>> (abgerufen am 17.07.2014).
- 3 Die Ukraine schuldet Russland derzeit mehr als 2,2 Mrd. US-Dollar für frühere Gasimporte, Tendenz steigend. Gazprom erhöhte den Preis für 1000 Kubikmeter von bisher 268,5 US-Dollar auf zukünftig 385,5 US-Dollar, d.h. um 44%. Vgl. o.A., Gazprom erhöht Gaspreis für Ukraine um knapp 44 Prozent, RIA Novosti, 01.04.2014, <<http://de.ria.ru/business/20140401/268180986.html>> (abgerufen am 10.07.2014).
- 4 Vgl. o.A., Energie aus Russland: Gazprom will fast zwei Milliarden Dollar Vorkasse von Ukraine, in: Spiegel Online, 13.05.2014, <<http://www.spiegel.de/wirtschaft/unternehmen/gas-fuer-die-ukraine-gazprom-will-knapp-zwei-milliarden-vorkasse-a-969148.html>> (abgerufen am 10.07.2014).
- 5 Ebd.
- 6 Vgl. o.A., Gazprom Export, Delivery statistics: gas supplies to Europe, <<http://www.gazpromexport.ru/en/statistics>> (abgerufen am 14.05.2014).
- 7 Vgl. Simon Pirani et al., What the Ukraine crisis means for gas markets, Oxford Institute for Energy Studies, 10.03.2014, <<http://www.oxfordenergy.org/wpcms/wp-content/uploads/2014/03/What-the-Ukraine-crisis-means-for-gas-markets-GPC-3.pdf>> <<http://www.oxfordenergy.org/wpcms/wp-content/uploads/2014/03/What-the-Ukraine-crisis-means-for-gas-markets-GPC-3.pdf>>(abgerufen am 14.05.2014).
- 8 Jochen Gaugele, Oettinger warnt vor „Gaskrise“ in Europa, in: Die Welt, 19.04.2014, <<http://www.welt.de/politik/deutschland/article127105508/Oettinger-warnt-vor-Gaskrise-in-Europa.html>> (abgerufen am 10.07.2014).
- 9 Ebd.
- 10 Ebd.
- 11 O.A., Gabriel widerspricht Merkel, in: Handelsblatt, 28.03.2014, <<http://www.handelsblatt.com/politik/deutschland/gas-importe-aus-russland-gabriel-widerspricht-merkel/9681726.html>> (abgerufen am 10.07.2014).
- 12 Vgl. Oliver Geden, Andreas Goldthau und Timo Noetzel, „Energie-NATO“ und „Energie-KSZE“ – Instrumente der Versorgungssicherheit? Die Debatte um Energieversorgung und kollektive Sicherheitssysteme, in: SWP-Diskussionspapier, Mai 2007, <http://www.swp-berlin.org/fileadmin/contents/products/arbeitspapiere/Energie_KS_KSZE_geden_goldthau_noetzel.pdf> (abgerufen am 21.07.2014).
- 13 Vgl. Donald Tusk, A united Europe can end Russia's energy stranglehold, in: Financial Times, 21.04.2014, <<http://www.ft.com/intl/cms/s/0/91508464-c661-11e3-ba0e-00144feabdc0.html#axzz37Y9g3dRw>> (abgerufen am 17.07.2014). Alle Übersetzungen der Autoren.
- 14 Vgl. o.A., EU verhängt Wirtschaftssanktionen gegen Russland, in: Süddeutsche Zeitung, 29.07.2014, <<http://www.sueddeutsche.de/politik/krieg-in-der-ukraine-cu-verhaengt-wirtschaftssanktionen-gegen-russland-1.2067763>> (abgerufen am 29.07.2014).
- 15 Vgl. Robert Kahn, Beware Russia: Expect more sanctions from the West, in: Fortune, 28.07.2014, <<http://fortune.com/2014/07/28/beware-russia-expect-more-sanctions-from-the-west/>> (abgerufen am 29.07.2014).
- 16 Vgl. Alan Cowell und James Kanter, European Officials Approve Tougher Sanctions on Moscow, in: New York Times, 29.07.2014, <http://www.nytimes.com/2014/07/30/world/europe/european-sanctions-russia.html?_r=1> (abgerufen am 29.07.2014).
- 17 Vgl. o.A., Moskau wirft EU Gefährdung des globalen Anti-Terror-Kampfs vor, in: Süddeutsche Zeitung, 26.07.2014, <<http://www.sueddeutsche.de/politik/neue-sanktionen-gegen-russland-moskau-wirft-eu-gefaehrung-des-globalen-anti-terror-kampfs-vor-1.2064620>> (abgerufen am 29.07.2014).
- 18 Ebd.
- 19 Vgl. Asa Bennett, UK to Start Buying Gas from Russia Despite Threats of Sanctions over Crimea, in: Huffington Post, 25.03.2014, <http://www.huffingtonpost.co.uk/2014/03/25/uk-gas-russia-ukraine_n_5026247.html> (abgerufen am 10.07.2014).
- 20 Irmgard Kischko, Neue Pipeline soll Österreichs Versorgung mit Gas sichern, in: Kurier, 29.04.2014, <<http://kurier.at/wirtschaft/marktplatz/ukraine-konflikt-neue-pipeline-soll-oesterreichs-versorgung-mit-gas-sichern/63.053.856>> (abgerufen am 10.07.2014).
- 21 Vgl. Olaf Gersemann und Sebastian Jost, „Es gilt das Primat der Politik“, in: Die Welt, 18.05.2014, <<http://www.welt.de/print/wams/wirtschaft/article128129431/Es-gilt-das-Primat-der-Politik.html>> (abgerufen am 10.07.2014).
- 22 Vgl. Wilfried Eckl-Dorna, Geschäfte trotz Sanktionen – Welche Firmen Russland die Stange halten, in: Manager Magazin Online, 28.03.2014, <<http://www.manager-magazin.de/unternehmen/artikel/wie-deutsche-unternehmen-gegen-moegliche-russland-sanktionen-vorbauen-a-961302.html>> (abgerufen am 10.07.2014).
- 23 Vgl. Hans-Werner Sinn, Why we should give Putin a chance, in: Wall Street Journal, 02.05.2014, <<http://online>>

- wsj.com/news/articles/SB10001424052702303939404579531461674343266> (abgerufen am 10.07.2014).
- 24 Vgl. Claus Hecking, St. Petersburger Wirtschaftsforum, Deutsche Topmanager pilgern zu Putins Wirtschaftsgipfel, in: Spiegel Online, 12.05.2014, <<http://www.spiegel.de/wirtschaft/soziales/wirtschaftsforum-st-petersburg-dax-chefs-pilgern-nach-russland-a-968870.html>> (abgerufen am 10.07.2014).
- 25 Vgl. Caspar Busse und Julian Hans, Dialog ohne Vertrauen, in: Süddeutsche Zeitung, 19.05.2014, <<http://www.sueddeutsche.de/wirtschaft/wirtschaftsforum-in-sankt-petersburg-dialog-ohne-vertrauen-1.1968161>> (abgerufen am 10.07.2014).
- 26 Vgl. o.A., DEA-Verkauf an Oligarchen – Merkel winkt Gasprojekte mit Russland durch, in: Manager Magazin Online, 31.03.2014, <<http://www.manager-magazin.de/politik/artikel/steigende-abhaengigkeit-merkel-nickt-gasprojekte-mit-russland-ab-a-961613.html>> (abgerufen am 10.07.2014).
- 27 Vgl. o.A., Merkel will „enge Partnerschaft mit Russland“ fortsetzen, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 15.05.2014, <<http://www.faz.net/aktuell/politik/inland/die-kanzlerin-in-der-f-a-z-merkel-will-enge-partnerschaft-mit-russland-fortsetzen-12941420.html>> (abgerufen am 10.07.2014).
- 28 Vgl. o.A., USA werden Sanktionen gegen Chefs von Rosneft und Gazprom verhängen – Zeitung, RIA Novosti, 28.04.2014, <<http://de.ria.ru/politics/20140428/268371389.html>> (abgerufen am 10.07.2014).
- 29 Vgl. o.A., Urteil von Standard & Poor's: Russlands Bonität fast auf Ramschniveau, in: Spiegel Online, 25.04.2014, <<http://www.spiegel.de/wirtschaft/soziales/russland-s-p-senkt-rating-auf-knapp-ueber-ramschniveau-a-966086.html>> (abgerufen am 10.07.2014).
- 30 Vgl. o.A., Obama: Dies ist kein kalter Krieg, in: FAZ, 29.07.2014, <<http://www.faz.net/aktuell/wirtschaft/sanktionen-gegen-russland-obama-dies-ist-kein-kalter-krieg-13071338.html>> (abgerufen am 31.07.2014).
- 31 Vgl. Peter Riesbeck, Obama in Brüssel – EU und USA rücken wieder zusammen, in: Frankfurter Rundschau, 26.04.2014, <<http://www.fr-online.de/politik/obama-in-bruessel-eu-und-usa-ruecken-wieder-zusammen,1472596,26665240.html>> (abgerufen am 10.07.2014).
- 32 Vgl. o.A., Gabriel hält russisches Erdgas für alternativlos, in: Die Welt, 28.03.2014, <<http://www.welt.de/wirtschaft/article126302641/Gabriel-haelt-russisches-Erdgas-fuer-alternativlos.html>> (abgerufen am 10.07.2014).
- 33 Dietmar Neuerer, Ukraine-Konflikt als Signal – Union will neue Gaskrise mit US-Hilfe abwenden, in: Handelsblatt, 07.03.2014, <<http://www.handelsblatt.com/politik/deutschland/ukraine-konflikt-als-signal-union-will-neue-gaskrise-mit-us-hilfe-abwenden/9586934.html>> (abgerufen am 10.07.2014).
- 34 Vgl. o.A., US-Schiefergas – Energiemultis verlieren Lust an Fracking, in: Manager Magazin Online, 06.01.2014, <<http://www.manager-magazin.de/unternehmen/energie/energiekonzerne-wie-shell-verlieren-lust-an-fracking-und-schiefergas-a-941969.html>> (abgerufen am 10.07.2014).
- 35 Steffen Bukold, Internationale Gaspreise – ein Vergleich, in: Energy Comment, 11.02.2014, <<http://www.energycomment.de/internationale-gaspreise-ein-vergleich/>> (abgerufen am 17.07.2014).
- 36 Der Spotmarktanteil beträgt zirka 40%; der Spotmarkt basiert auf dem freien, nicht an Lieferverträge gebundenen Ölhandel, und findet in Form von Termingeschäften statt. Da es sich hierbei um den An- und Verkauf nicht von physischem Öl sondern von zukünftig gehandeltem Öl handelt, spricht man auch von „Papieröl“. Heutzutage wird mehr „Papieröl“ als reale Ware gehandelt, und dieses Papieröl bestimmt den Preis des tatsächlichen Öls. Ähnlich würde sich die Verbreitung eines LNG-Spotmarkts auf den Gaspreis auswirken.
- 37 Richard Newell, Shale Gas and the Outlook for U.S. Natural Gas Markets and Global Gas Resources, Präsentation der US Energy Information Administration anlässlich eines OECD-Treffens in Paris, 21.06.2011, <http://www.eia.gov/pressroom/presentations/newell_06212011.pdf> (abgerufen am: 21.07.2014).
- 38 Vgl. Annett Meiritz, Gipfel in Rom: Westen schmiedet Energie-Allianz gegen Putin, in: Spiegel Online, 06.05.2014, <<http://www.spiegel.de/politik/ausland/russland-gas-in-ukraine-krise-g7-schmieden-pakt-gegen-putin-a-967879.html>> (abgerufen am 10.07.2014).
- 39 Vgl. o.A., Gas aus Russland – G-7-Staaten schließen Pakt gegen Moskau, in: FAZ, 06.05.2014, <<http://www.faz.net/aktuell/wirtschaft/wirtschaftspolitik/13-punkte-plan-g-7-staaten-schliessen-pakt-gegen-moskau-12926081.html>> (abgerufen am 10.07.2014).
- 40 Steffen Bukold, Hintergrundinfos: Russlands Exporteinnahmen aus Öl und Gas, in: Energy Comment, <<http://www.energycomment.de/hintergrundinfos-russlands-exporteinnahmen-aus-oel-und-gas/>> 10.03.2014 (abgerufen am 17.07.2014).
- 41 Zitiert in Bukold, Hintergrundinfos, a.a.O. (Anm. 40).
- 42 Vgl. o.A., USA bremsen Export von Fracking-Gas, in: Handelsblatt, 10.01.2014, <<http://www.handelsblatt.com/unternehmen/industrie/energiepolitik-usa-bremsen-export-von-fracking-gas/9314070.html>> (abgerufen am 10.07.2014).
- 43 Vgl. Carsten Germis, Japan auf dem Weg zurück zur Kernkraft, in: FAZ, 16.07.2014, <<http://www.faz.net/aktuell/wirtschaft/drei-jahre-nach-fukushima-japan-auf-dem-weg-zurueck-zur-kernkraft-13049490.html>> (abgerufen am 29.07.2014).
- 44 O.A., World Energie Outlook – Fracking-Revolution nur von kurzer Dauer, in: Manager Magazin Online, 12.11.2013, <<http://www.manager-magazin.de/politik/>>

- weltwirtschaft/world-energy-outlook-2013-fracking-bringt-beim-oel-wenig-a-933184.html> (abgerufen am 21.07.2014).
- 45 Vgl. Judy Dempsey, Victory for Russia As the EU's Nabucco Gas Project Collapses, in: Carnegie Europe Online, 01.07.2013, <<http://carnegieeurope.eu/strategieurope/?fa=52246>> (abgerufen am 10.07.2014).
- 46 Vgl. o.A., What the Russian papers say, in: RIA Novosti, 20.02.2009, <<http://en.ria.ru/analysis/20090220/120244876.html>> (abgerufen am 10.07.2014).
- 47 O.A., Nabucco-Pipeline: Schröder warnt vor Abhängigkeit von iranischem Gas, in: Spiegel Online, 25.09.2009, <<http://www.spiegel.de/wirtschaft/unternehmen/nabucco-pipeline-schroeder-warnt-vor-abhaengigkeit-von-iranischem-gas-a-651474.html>> (abgerufen am 10.07.2014).
- 48 Ebd.
- 49 Ebd.
- 50 BP Statistical Review of World Energy, Juni 2014, S. 20, <<http://www.bp.com/content/dam/bp/pdf/Energy-economics/statistical-review-2014/BP-statistical-review-of-world-energy-2014-full-report.pdf>> (abgerufen am 21.07.2014).
- 51 Michael Clasen, Wie abhängig ist Deutschland? Streit um russisches Gas: Kritik an Sigmar Gabriel, in: Neue Osnabrücker Zeitung, 28.03.2013, <<http://www.noz.de/deutschland-welt/politik/artikel/462752/streit-um-russisches-gas-kritik-an-sigmar-gabriel>> (abgerufen am 18.07.2014).
- 52 Vgl. Andrew Critchlow, Iran offers Europe gas amid Russian energy embargo fears, in: The Telegraph Online, 04.05.2014, <<http://www.telegraph.co.uk/finance/newsbysector/energy/10808037/Iran-offers-Europe-gas-amid-Russian-energy-embargo-fears.html>> (abgerufen am 10.07.2014).
- 53 Vgl. Abbas Maleki, It's Politics, after all! The role of energy co-operation for a peaceful and fruitful future, IPIS-FES-BC CARE Energy Roundtable, 24.06.2014, Teheran.
- 54 Vgl. o.A., Iran rejects gas price drop but willing to export more to Turkey –SHANA, in: Reuters, 07.03.2014, <<http://uk.reuters.com/article/2014/03/07/iran-turkey-gas-idUKL6N0M42CN20140307>> (abgerufen am 10.07.2014).
- 55 Vgl. Kayhan Barzegar, Iran-Russia Relations after the Geneva Nuclear Deal, in: Russia in Global Affairs, 21.03.2014, <<http://eng.globalaffairs.ru/number/Iran-Russia-Relations-after-the-Geneva-Nuclear-Deal-16501>> <<http://eng.globalaffairs.ru/number/Iran-Russia-Relations-after-the-Geneva-Nuclear-Deal-16501>> (abgerufen am 21.07.2014).
- 56 Vgl. o.A., Russland hält Militärmanöver im Kaspischen Meer ab, in: Die Welt, 23.04.2014, <<http://www.welt.de/politik/ausland/article127208775/Russland-haelt-Militaer-rmanoever-im-Kaspischen-Meer-ab.html>> (abgerufen am 10.07.2014).
- 57 „Der russische Außenminister Sergej Lawrow drohte seinerseits mit Vergeltung, sollten die Interessen russischer Bürger in Gefahr geraten. Er verwies auf die abtrünnige georgische Kaukasus-Provinz Süd-Ossetien, wo Russland 2008 Separatisten mit Waffengewalt zu Hilfe gekommen war.“; o.A., Ukraine-Konflikt: Russlands Außenminister droht mit Vergeltung, in: Manager Magazin Online, 23.04.2014, <<http://www.manager-magazin.de/politik/artikel/russlands-aussenminister-lawrow-droht-mit-vergeltung-a-965753.html>> (abgerufen am 10.07.2014).
- 58 Vgl. David H. Petraeus und Vance Serchuk, U.S. needs to plan for the day after an Iran deal, in: Washington Post, 09.04.2014, <http://www.washingtonpost.com/opinions/us-needs-to-plan-for-the-day-after-an-iran-deal/2014/04/09/056ff992-bf4b-11e3-b195-dd0c1174052c_story.html> (abgerufen am 10.07.2014).
- 59 Vgl. Benoit Fuçon und Joel Schectman, USA drängen westliche Firmen zu humanitären Exporten in den Iran, in: Wall Street Journal, 29.07.2014, <<http://www.wsj.com/article/SB10001424052702304356804580058900305731456.html>> (abgerufen am 31.07.2014). Eine Grafik mit den Geschäftsbeziehungen zu Iran trotz Sanktionen ist unter <<http://graphics.wsj.com/iran-sanctions>> abrufbar.
- 60 Vgl. Interview mit Yanis Varoufakis, o.A., Russland: Europas Banken mit 900 Milliarden Euro im Risiko, in: Deutsche Wirtschaftsnachrichten, 28.04.2014, <<http://deutsche-wirtschafts-nachrichten.de/2014/04/28/russland-europas-banken-mit-900-milliarden-euro-im-risiko>> (abgerufen am 14.05.2014).
- 61 Ein Beispiel für diese Haltung Teherans ist die Abwesenheit offizieller Vertreter Irans beim jüngsten Energy Security Summit der Münchener Sicherheitskonferenz über die aktuellen Herausforderungen der globalen Energiesicherheit und ihre geopolitischen Implikationen nach der Ukraine-Krise. Der Summit zielte unter anderem darauf ab, mögliche Alternativen zu russischen Gaslieferungen für europäische und osteuropäische Länder zu diskutieren. Eine Präsenz iranischer Vertreter hätte umgehend als anti-russisches Signal interpretiert werden können.
- 62 Vgl. Mohammad Javad Zarif, What Iran really wants: Iranian foreign policy in the Rouhani era, in: Foreign Affairs, Mai/Juni 2014, S. 59.
- 63 Ebd., S. 58. Übersetzung der Autoren.
- 64 Vgl. Mick Krever, Iran Foreign Minister Javad Zarif: 'It's a historic opportunity for all of us', in: CNN Amanpour Blog, Interview mit Außenminister Zarif, 17.07.2014, <<http://amanpour.blogs.cnn.com/2014/07/17/iran-foreign-minister-javad-zarif-its-a-historic-opportunity-for-all-of-us/>> (abgerufen am 31.07.2014).

